

Die Hochschule im wiedervereinigten Deutschland

In Gesprächen mit um die Wiedervereinigung unseres geteilten Landes bemühten Politikern begegnet man häufig einer gewissen Unsicherheit, wenn es darum geht, ein konkretes Bild von einem wiedervereinigten Deutschland und seiner inneren Ordnung zu entwerfen. Man sagt uns, daß weder die außenpolitischen noch die innerdeutschen Bedingungen und Machtverhältnisse, unter denen es zu einer Vereinigung kommen könnte, abzusehen seien. Dieses Argument ist sicher nicht falsch, aber man darf dem doch wohl zweierlei entgegenhalten: Einmal wird unser Wille, Deutschland so oder anders zu gestalten, ein gewichtiger Faktor im Spiel der Kräfte sein können, und zum zweiten gibt uns die Entwicklung der industriell-technischen Gesellschaft eine Reihe von Aufgaben einfach zwingend zu lösen auf. Dabei ist es kaum von grundlegender Bedeutung, ob sich eine demokratische Politik in der Bundesrepublik oder in einem einheitlichen Deutschland zu realisieren sucht. Die zweite industrielle Revolution hat in mancher Hinsicht ihre eigene Logik, und wir müssen versuchen, die Konturen einer Hochschulpolitik im wiedervereinigten Deutschland unter Berücksichtigung kommender Gegebenheiten zu entwerfen. Dieser Versuch kann nicht von der isolierten Betrachtung der Hochschule ausgehen, sondern muß die soziologischen und politischen Gegebenheiten in Rechnung stellen, mit denen wir uns konfrontiert sehen werden.

Bedingungen und Ziele einer demokratischen Politik in Gesamtdeutschland

Die strukturellen Tatbestände in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone weichen heute entscheidend in der jeweils bestehenden Herrschaftsordnung voneinander ab. Bei uns finden wir eine demokratisch angelegte Macht- und Herrschaftsstruktur vor, in Mitteldeutschland haben wir nach wie vor eine totalitäre Ordnung vor uns. Ähnlich sind in beiden Teilen Deutschlands dagegen die durch die Industrialisierung und die Technisierung geschaffenen Bedingungen, von denen zu einem nicht geringen Teil die Wege und Methoden der Politik mitbestimmt sind. Die Verwendung der Atomenergie für wirtschaftliche Zwecke und die Einführung der automatisierten Produktionsweise werden hier wie dort neue Gegebenheiten schaffen. Die unserer Vorstellung bisher vertraute einheitliche Arbeiterschaft wird weiter differenziert und in sich den neuen Typ des Arbeitertechnikers herausbilden, ein Mittelding zwischen dem heutigen Facharbeiter und dem Ingenieur unserer Tage. Dieser Arbeitertechniker wird sich auszeichnen durch Begabung, lange Schulausbildung und ausgeprägtes soziales Selbstbewußtsein. Der Zwang zu einer gediegenen und differenzierten Ausbildung wird auf unser gesamtes Ausbildungswesen übergreifen, zu einer Reorganisation unseres Schulwesens zwingen und überdies manche der hergebrachten Arbeitsmethoden in Frage stellen.

Die Selbstentfremdung des Menschen, einst von *Karl Marx* als Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft festgestellt, wird sich nicht nur von der gesellschaftlichen Eigentumsordnung her ergeben können. Sie wird bereits spürbar in dem Konsumzwang, den eine expansive Wirtschaft auf die Verbraucher auszuüben gezwungen ist. Bedürfnisse nach zivilisatorischem Komfort werden geschaffen und verlangen nach Befriedigung. Das geht heute weitgehend auf Kosten der Gesundheit der arbeitenden Menschen. Die Ratenzahlungen und die Überstunden seien als Beispiele für viele ähnliche Symptome genannt. Die zweite industrielle Revolution wird die hier liegenden Spannungen verschärfen.

Sie wird weiterhin die Frage nach der Übereinstimmung zwischen sozialen Leitbildern und wirtschaftlichen Strukturen neu auf werfen lassen. Der Begriff des Arbeitnehmers deckt soziologisch schon jetzt nur unzureichend die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Das Heraufkommen des Arbeitertechnikers wird die Arbeiterschaft weiter gliedern und sie

politisch schwerer greifbar werden lassen. Diese der Entwicklung entsprechenden Veränderungen dürften sich auch bei den Managern zeigen. Der Selfmademan gehört sehr bald der Vergangenheit an. Er wird abgelöst durch den langfristig disponierenden, alle Faktoren in seine Planung einbeziehenden Unternehmer, ob er nun ein sozialisiertes oder ein privates Unternehmen leitet. Der Manager wird seinerseits nicht auskommen können ohne eine systematische Pflege und Entwicklung der Teamarbeit, denn die scharfe Abgrenzung der Verantwortlichkeiten in der Produktionshierarchie ist nur bei einer Ergänzung durch die Teamarbeit durchzuhalten. Diese Hierarchie in der Produktionsverfassung mit dem Gleichheitsprinzip einer demokratischen Gesellschaft in Einklang zu bringen, wird unter den Bedingungen der zweiten industriellen Revolution noch schwerer sein als heute.

Wir begegnen dem Phänomen der Selbstentfremdung auch in der Freizeitgestaltung. Die rezeptive Grundhaltung der Menschen unserer Zeit wird sich um so gefährlicher auswirken können, je ausgedehnter die arbeitsfreie Zeit ist. Die Neigung des Menschen unserer Zeit, sich etwas bieten zu lassen, ohne sich doch seinerseits zu engagieren, ist von Bedeutung nicht nur für seinen privaten Lebensraum, sondern auch für den Bestand einer demokratischen Gesellschaft.

Der Hang der für das 'Wirtschaftsleben mehr und mehr bestimmenden technischen Intelligenz zu formelhaften und glatten Lösungen wird die Anfälligkeit für „restfreie“ Rezepte im politischen Raum möglicherweise verstärken. Man braucht keine Affinität zwischen Technik und totalitärem Denken zu konstatieren, um hier zur Aufmerksamkeit zu raten. Der Vorschlag, die Menschen möchten zu einer Universalbildung zurückfinden, bleibt in unserer Situation ohne Überzeugungskraft und Wirkung. Ein die Ergebnisse der Wissenschaften in ihrer Gesamtheit umgreifender Überblick ist für den einzelnen nicht mehr zu gewinnen. Die Arbeitsteilung hat nicht nur die Struktur unserer Wirtschaft geformt, sie bestimmt auch die Möglichkeit der Wissenschaft in Forschung und Lehre. Den Einzelwissenschaften eine andersgeartete gemeinsame Grundlage zu geben, wird also nötig sein. Sie kann nur in dem gemeinsamen Bezug aller akademischen Berufe und Wissensdisziplinen zur demokratischen Gesellschaft gesucht werden, und der Zugang dazu ergibt sich neben der Ausbildung und dem Beruf vom Hobby her.

Darüber hinaus kommt der Verlässlichkeit des „anderen“ in fachlicher und intellektueller Hinsicht großes Gewicht zu, eben weil wir die Ergebnisse der Fachdisziplinen oder die Handgriffe des Arbeitertechnikers nicht mehr auf ihr Zustandekommen oder ihre Schlüssigkeit hin überprüfen können. Politische Bildung kann in dieser unserer Lage nicht auf die Volks- oder Berufsschulen beschränkt bleiben, die Stufen also, die für die Mehrzahl der Menschen heute der Abschluß ihrer Ausbildung sind. Wir werden nach neuen Möglichkeiten Ausschau halten müssen, die soziale und politische Orientierung des Menschen während seines ganzen Lebens auf geeignete Weise zu sichern. Der Ansatz am Beruf und an der Neigung zum Hobby bietet sich auch hier als brauchbar an. Ob man dabei an die skandinavischen Erfahrungen mit Heimvolkshochschulen denkt oder an das neue bayerische Experiment einer politischen Akademie, ist nur von methodischer Bedeutung. Dies ist ein neues Gebiet, in dem wir ohne Versuche nicht zu praktikablen Lösungen kommen werden. Die Richtung unserer Arbeit aber ist erkennbar.

Eine soziologische Tatbestandsaufnahme der Gesellschaft in einem wiedervereinigten Deutschland läuft dabei auf die Frage hinaus, wie eine demokratische Konzeption gefunden werden kann, die eine zum Teil vorindustrielle und in anderen Teilen von den Bedingungen der ersten und zweiten industriellen Revolution geformte Gesellschaft zu integrieren imstande ist. Die Versuchung, hier in ideologische Formeln auszuweichen, ist groß, ob es sich nun um die Formel der „klassenlosen Gesellschaft“ im kommunistischen Sinne, die des „Abendlandes“, die der „menschlichen Mitte“ oder den Selbstzweck von Institutionen handelt. Die Demokratie gäbe sich auf, würde sie dem Bedürfnis vieler ihrer

Bürger nachgeben, hier eine scheinbar glatte Lösung zu akzeptieren. Das Nebeneinander unterschiedlicher Produktionsverfassungen, hergebrachter und neuer sozialer Leitbilder und politischer Ideen wird unser gesellschaftliches Geschehen bestimmen. Die Frage ist, wie wir eine Brücke schlagen können, die wir gemeinsam begehen wollen. Gibt es diese Möglichkeit im Raum der Hochschule?

Der Zugang zur Hochschule

In einem wiedervereinigten Deutschland wird es vom Ziel her und praktisch darum gehen, Wissenschaft und Gesellschaft einander vernünftig zuzuordnen. Die Deduktion der Wissenschaft von den Zielen einer politischen Ideologie her, ihre funktionale Rolle gegenüber der „herrschenden Lehre“ werden nicht übernommen werden können. Andererseits geht es nicht an, die Hochschule sozusagen als einen politikfreien Raum zu bewerten. Es ist müßig, danach zu fragen, ob hier die Wissenschaft oder die Politik den ersten Schritt zu einer Annäherung tun sollte. Wesentlich ist, daß geistige Arbeit von uns allen nicht nur als Liebhaberei oder Steckenpferd gewertet wird, sondern als produktive Arbeit für die demokratische Gesellschaft. Gelingt es, sich auf diese Sicht zu einigen, dann ergeben sich daraus ohne große Schwierigkeiten eine Reihe von Konsequenzen.

Schon in Anbetracht der Folgen der ersten industriellen Revolution sind sich Pädagogen und Politiker über die Notwendigkeit klargeworden, die Schulausbildung zu verlängern. Dafür spricht insbesondere die Überforderung der jungen Menschen, die heute mit dem 14. oder 15. Lebensjahr plötzlich in ein ihnen völlig fremdes Berufs- und Arbeitsleben hinüberwechseln müssen. Dieses Leben unterliegt ganz anderen Gesetzen als die gewohnte Umgebung in Schule und Elternhaus. Es kommt hinzu, daß wir mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung eine gründlichere und zugleich differenzierte Ausbildung des Nachwuchses anstreben müssen. Die Einführung des neunten und darüber hinaus des zehnten Schuljahres steht auf der Tagesordnung. Dabei kann es nicht um eine bloße Verlängerung der Volksschulzeit gehen oder umgekehrt um eine zeitliche Erweiterung der Berufsschulausbildung. Wesentlich ist es, Methoden der Ausbildung zu entwickeln, die den Übergang von der Schule in den Beruf elastisch und weniger schroff gestalten. Wir werden also eine Form wählen müssen, die ein Mittelding zwischen Volks- und Berufsschule ist. Dafür brauchen wir einen geeigneten Lehrertyp, der heute wahrscheinlich weder unter den Volksschullehrern noch bei den Berufsschullehrern zahlreich zu finden ist. Die Berufsausbildung muß eine weitergehende Differenzierung ermöglichen, die es den Menschen gestattet, im Laufe ihres Lebens von einer Spezialtätigkeit ohne große Mühe zu einer anderen zu kommen. Anders kann die demokratische Forderung nach Freizügigkeit nicht verwirklicht werden.

Auch die materielle Förderung begabter junger Menschen darf nicht erst bei der Hochschulausbildung einsetzen. Sie muß bei den Übergängen von der Volksschule zu den verschiedenen weiterführenden Schulzweigen beginnen und Spielraum lassen. In einem wiedervereinigten Deutschland werden wir großen Wert darauf legen müssen, den normalen Zugang zur Hochschule zur Regel werden zu lassen. Selbstverständlich sollten daneben andere Möglichkeiten für Nichtabiturienten offenbleiben, aber der zweite Bildungsweg darf nicht mehr die Bedeutung haben wie heute, denn er ist ja im Grunde nur ein Ausdruck dafür, daß der normale Bildungsweg vielen jungen Menschen verschlossen ist. Heute sind in der Sowjetzone etwa vier vom Hundert Kinder von Selbständigen auf den Hochschulen, während sich in der Bundesrepublik der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden ungefähr auf die gleiche Größenordnung einpendelt. Eben dies wird nicht akzeptiert werden können. Eine demokratische Politik in einem einheitlichen Deutschland kann natürlich nicht ausgehen von einer prinzipiellen Förderung dieser oder jener sozialen Gruppe, aber sie wird vor der Aufgabe stehen, alle Begabungsreserven

unseres Volkes zum Tragen zu bringen. Daß diese Reserven zu einem nicht geringen Teil in der Arbeiterschaft liegen, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Der Weg zu einer Erschließung dieser Menschen für eine Hochschulausbildung führt nicht über die Ideologie oder den Zwang, sondern wird durch Bildung geebnet werden müssen. Das Ressentiment gegen die Hochschule auszuräumen, wird zu einer entscheidenden Aufgabe der sozialen Gruppen, die sich der Vertretung der arbeitenden Menschen vor allem angenommen haben. Selbstverständlich wird die Voraussetzung zu einem Erfolg solcher Bemühungen in einer Umgestaltung der gegenwärtigen Formen der Hochschulen liegen. Die Erstarrung der Universitäten in West- und Mitteldeutschland erweist sich dabei nicht als ein Hindernis, sondern eher als eine gute Chance für den Erfolg einer solchen demokratischen Hochschulpolitik.

Zielsetzung und Aufbau der Hochschule

Die Hochschule wird als eine Institution innerhalb der demokratischen Ordnung gesehen werden müssen. Ihre Zielsetzung ist, gerade wenn man eine Abgrenzung zu ihrer deduktiv bestimmten Funktion in der totalitären Gesellschaft will, nicht unabhängig von den Prinzipien zu bestimmen, die ein demokratisches Gemeinwesen prägen. Unabhängig ist die Hochschule in Forschung und Lehre, den beiden Bereichen also, die eigentlich erst unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft zur Entfaltung kommen können. Das richtig zu sehen, setzt eine Revision der Vorstellung von der Universität als einer autonomen Institution ebenso voraus wie die Preisgabe ihrer Funktion als Instrument der ideologischen Auseinandersetzung.

Das Bildungswesen in einem wiedervereinigten Deutschland kann, dies wissen wir, nur als Ganzes den Anforderungen der demokratischen Gesellschaft angepaßt werden. Für die Hochschule von besonderer Bedeutung wird dabei die Pflege der Beziehungen zu den Institutionen der Erwachsenenbildung sein. Die Universität wird sich Beiräte schaffen müssen, deren Aufgabe es ist, die Gedanken und Ideen der öffentlichen Meinung aufzuspüren und in ihre Arbeit einzubeziehen. Presse, Funk und Film spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle und sollten besonders beachtet und institutionell eingebaut werden. Die Tatsache, daß Unternehmensverbände oder Gewerkschaften heute vielfach wenig geeignete Repräsentanten in Hochschulgremien entsenden, ist kein Beweis für einen endgültigen Mißerfolg dieser Versuche. Auch die sozialen und politischen Organisationen werden gezwungen sein, die Auswahl ihrer Sprecher in Hochschulfragen sachgerechter zu handhaben, als dies gegenwärtig der Fall ist. Der Mut zum gegenseitigen Risiko ist allerdings eine der Voraussetzungen, um eine Annäherung zu erreichen.

Beachtung verdient weiterhin die Stellung des Lehrkörpers an den Hochschulen. Es wäre von den Aufgaben her unmöglich, wollte man eine Differenzierung der Verantwortlichkeiten in Forschung und Lehre aufheben. Diese Gliederung innerhalb der Institution Hochschule sollte sich jedoch nach anderen Gesichtspunkten ergeben als heute. Die Abstufung nach ordentlichen und eine Anzahl anders eingeordneter Professoren, in Dozenten, Privatdozenten, Assistenten und wissenschaftliche Hilfsarbeiter ist sachlich nicht haltbar, sofern damit eine soziale Prestigestruktur gestützt oder den „unteren Rängen“ des Lehrkörpers das Recht auf eine gleichberechtigte Mitgestaltung der Hochschule beschnitten werden soll. Alle diese Gruppen tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Bewältigung der Aufgaben, die sich in Forschung und Lehre stellen. Es entspräche kaum dem Ethos des Wissenschaftlers, wenn sich diese gemeinsame Verantwortung nur dann bewähren könnte, falls prestigemäßige oder in anderer Weise eine Exklusivität fördernde Unterschiede gesichert bleiben. Die Hochschule wieder zu einer „Korporation“ der Lehrenden und Lernenden werden zu lassen, ist notwendig. Nimmt man dieses Anliegen ernst, dann gewinnt auch die Forderung nach einer Selbstverwaltung der Studentenschaft große

Bedeutung. Diese Selbst- und Mitverwaltung war im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre kein Problem. Die Studenten dieser Zeit brachten eine hinreichende Lebenserfahrung mit. Das ist heute bei uns und in Mitteldeutschland anders geworden, aber wir dürfen uns deshalb nicht davon abbringen lassen, eine mitverantwortliche Arbeit der Studentenschaft zu wollen und planmäßig zu fördern. Das Modell der Freien Universität Berlin bietet in seiner Konzeption ein gutes Beispiel dafür.

Vor Probleme von gleicher Bedeutung stellt uns die soziale Neuordnung der Hochschulen in einem einheitlichen Deutschland. Wesentlich wird die Möglichkeit sein, daß jeder Studierende die Hochschule und die Art seiner Fachausbildung frei wählen kann. Bei der Wahl der Form einer sozialen Hilfe ist weiterhin davon auszugehen, daß geistige Arbeit eine produktive Leistung für die Gesellschaft darstellt. Jeder Lehrling in der Industrie oder in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens erhält heute eine Ausbildungsbeihilfe. Er bekommt diese Beihilfe deshalb, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Meinung sind, daß seine Arbeit produktiv ist. Dieses Argument trifft auf das Studium in gleicher Weise zu mit dem einen Unterschied, daß der Student eben keinen Arbeitgeber als Partner hat, sondern auf die Einsicht der Gesamtgesellschaft angewiesen ist. Haben wir unsere Aufmerksamkeit schon hinreichend auf die Tatsache gelenkt, daß der Lehrling oder der Geselle sehr viel früher von seinem Elternhaus wirtschaftlich unabhängig wird als der Student? Vollzieht sich demgegenüber die geistige Emanzipation der Studierenden von seiner gewohnten sozialen Umwelt zuweilen nicht sehr viel schneller und gründlicher als bei seinen Altersgenossen in Industrie oder Landwirtschaft? Schaffen wir nicht psychisch bedingte Abhängigkeiten, die die Entwicklung des jungen Studenten zur Selbständigkeit hemmen und nur durch eine entsprechende soziale Hilfe aufgefangen werden können? Eben diese Überlegung führt zu der Konsequenz, daß Bedürftigkeitsprüfungen kein Maßstab für die Zuerkennung von Stipendien oder anderen sozialen Leistungen sein dürfen. Der Bedarf unserer Wirtschaft etwa an Ingenieuren und Technikern ist so groß, daß auch von daher die Bedürftigkeit als Maßstab keine Stütze mehr findet. Wenn, wie es heute in England oder Skandinavien schon der Fall ist, die Hälfte oder mehr der Studenten mit ausreichenden Stipendien studieren können, dann entfällt ohnehin jede Möglichkeit einer sachlich begründeten Auslese nach sozialer Bedürftigkeit. Leistung, Phantasie, Gestaltungsfähigkeit und menschliche Haltung sind die Kriterien, nach denen man die Förderungswürdigkeit eines Studierenden beurteilen sollte. Die Lehrer an den Hochschulen werden diese Aufgabe der Auswahl und der Förderung in erster Linie übernehmen müssen; ihnen sollten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Seite stehen. Die Studienstiftung des deutschen Volkes bietet in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel.

Bei alledem liegt uns keineswegs daran, die Verbindung von Theorie und Praxis zu vernachlässigen. Die Werkarbeit eines Studierenden kann durchaus nützlich sein, aber sie darf nicht orientiert bleiben an dem Bedürfnis, möglichst viel Geld in kurzer Zeit zu verdienen. Es geht vielmehr darum, eine praktische Tätigkeit so sinnvoll wie möglich mit der wissenschaftlichen Ausbildung zu verbinden. Das wird nicht immer leicht sein, aber es sollte im Grundsatz angestrebt werden. Zu bedenken ist dabei immer, daß eine soziale Förderung den Studierenden nicht in die Abhängigkeit irgendwelcher staatlicher oder anderer Institutionen bringen darf. Von gleicher Bedeutung ist der Abbau eines risikolosen Sicherheitsdenkens, das heute viele Menschen in Ost und West zu bestimmen droht. Grundsatz einer demokratischen Gesellschaft kann es nur sein, dem einzelnen die äußeren Bedingungen zu schaffen, die es ihm ermöglichen, ein Leben in eigener Verantwortung zu führen. Darin liegt nicht zuletzt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu der systematischen Förderung kollektiven Denkens in einer totalitären Ordnung.

Es ist weniger wichtig, welche Form der Studienförderung man in einem wiedervereinigten Deutschland ins Auge faßt. Wesentlich ist allein, ob diese Förderung den

skizzierten Anforderungen gerecht wird. Darlehen scheiden aus der Überlegung aus, weil sie aus vielen Gründen zu einem Hindernis der freien Entfaltung werden können. Ihre Rückzahlung würde beispielsweise einem Kunsthistoriker sehr viel schwerer fallen als einem Rechtsanwalt oder Ingenieur, obwohl sie alle für Kultur und Wirtschaft von Bedeutung sind. Die Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Schulen ist eine Selbstverständlichkeit, aber sie wird kaum ausreichen, um die Forderung nach den gleichen Startbedingungen für jeden jungen Menschen Wirklichkeit werden zu lassen. Es mag offenbleiben, ob sich der Weg des Studienhonorars oder der eines ausgedehnten Stipendienwesens als der bessere erweist. Erfahrungen erst können einen Überblick darüber gestatten, welche Lösung sich als die zweckmäßigere herausstellt.

Die Hochschule in einem wiedervereinigten Deutschland wird schließlich auch in der Bildung und Ausbildung der zeitgerechten Gestaltung ihres Verhältnisses zur demokratischen Gesellschaft Rechnung tragen müssen. Auszugehen wäre dabei von der Erfahrung, daß die politische Haltung eines Menschen einen wesentlichen Teil seiner sittlichen und geistigen Gesamteinstellung ausmacht. Die Tatsache, daß mit der Ausübung eines akademischen Berufes heute — gewollt oder ungewollt — erhebliche gesellschaftliche und politische Wirkungen verbunden sind, unterstreicht die Notwendigkeit, die politische und geistige Haltung eines Studierenden als Einheit zu sehen und zu bewerten. Es erhebt sich dann die Frage, wo die einzelnen Wissensdisziplinen einen gemeinsamen Bezug finden können. Das kann bei Lage der Dinge nur in der politischen Wissenschaft und in den Sozialwissenschaften geschehen. Hier führt der Vergleich der Situation in Ost und West wiederum zu einer praktikablen Lösung. An den Ostuniversitäten hat man ein gesellschaftswissenschaftliches Studium eingeführt. Es dient ausschließlich dem Zweck, die Studierenden auf die Erfüllung totalitärer Normen vorzubereiten. Die gesellschaftswissenschaftliche Bildung wurde zu einem Hilfsinstrument der herrschenden Ideologie. Statt dessen muß es den Sozialwissenschaften um die Aufhellung und Vermittlung des Wissens um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Tatbestände gehen. Die Stellungnahme zu diesen Tatbeständen bleibt der verantwortlichen Bewertung des einzelnen überlassen. Eine neue Relation von Sein und Sollen herzustellen, ist nicht Aufgabe der empirischen Wissenschaft, sondern Sache der einzelnen Menschen.

Eine Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Rücksicht auf die Erfordernisse des Berufslebens legen weiter eine Reihe von Maßnahmen nahe, die das Studium in seiner Methode betreffen. Mit dem Stichwort Studienreform ist angedeutet, worum es dabei geht. Unsere Hochschule geht heute von der Fiktion aus, als ob man aus jedem Studierenden einen qualifizierten Wissenschaftler machen könne. Dazu aber wird immer nur eine Minderheit fähig und nötig sein. Sie großzügig zu fördern, ist außerordentlich wichtig, aber die große Zahl der Studierenden muß vor allem in die Lage versetzt werden, sich in der modernen Gesellschaft zurechtzufinden und sie mitzugestalten. Eine Schwerpunktbildung innerhalb der einzelnen Fachdisziplinen sollte deshalb erfolgen können. Sie setzt eine weitgehende Differenzierung der Lehrpläne voraus. Die Fähigkeit, das Erlernte anzuwenden, muß an Stelle der heute üblichen Praxis treten, möglichst viel totes Wissen anzusammeln. Übungen und Seminare müssen aus den gleichen Erwägungen einen sehr viel breiteren Raum einnehmen als Vorlesungen, denn es gibt einfachere Methoden, Wissen zu repetieren. Eine Rationalisierung der Ausbildung da, wo es möglich ist, wird Zeit schaffen für die Beschäftigung mit der Problematik der Wissenschaften schlechthin oder der des Fachgebietes. Der Teamarbeit kommt in diesem Zusammenhang erhebliche Bedeutung zu. Sie ist in geeigneten Formen zu praktizieren und dürfte sich als der beste Weg erweisen, um den sogenannten Lernkollektiven an den Ostuniversitäten positiv zu begegnen.

Schlußbemerkungen

Daß sich die „Wiedervereinigung unseres Landes nicht in der Form der Angleichung des einen an den anderen Teil vollziehen kann, darüber sind sich alle Gutwilligen heute einig. Bei uns im Westen dürfte der restaurative Schrumpfungsprozeß sein Ende finden, und Mitteldeutschland wird seine totalitäre Herrschaftsordnung verlieren. Im „Negativen“, wenn man es so ausdrücken will, ist somit eine Übereinstimmung der Meinungen und Möglichkeiten verhältnismäßig leicht zu sehen. Offen bleibt die Frage, wie sich die in unserem Volk wirksamen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen zusammenfügen werden, wie ein wiedervereinigtes Deutschland im ganzen aussehen wird. Hier werden zu Beginn einer aktiven Wiedervereinigungspolitik die Weichen gestellt, und die gedankliche Vorbereitung auf diesen Zeitpunkt gehört heute zu den wirklich entscheidenden Aufgaben deutscher Politik.

Die sozialistische Utopie des vergangenen Jahrhunderts wird ihren realen Inhalt finden können in einer Verwirklichung der Forderung, jedem Menschen die gleichen Chancen der Entwicklung und Entfaltung zu geben. Die demokratische Gesellschaft wird dabei von einer funktionalen Herrschaftsordnung bestimmt sein. Eine wie immer geartete Herrschaftsordnung bleibt bestehen; sie ist weder durch eine andere Gestaltung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln noch durch die Mitbestimmung oder die Vollbeschäftigungspolitik restlos aufzuheben. Die Arbeitsteiligkeit unserer Produktionsordnung, ja des gesamten gesellschaftlichen Gefüges macht es notwendig, funktional bedingte Gliederungen und damit gegebene Abhängigkeiten des einzelnen durch entsprechende Möglichkeiten zur Gestaltung in anderen Bereichen der Gesellschaft zu kompensieren. Es muß unser Bestreben sein, die Mobilität unserer Gesellschaft institutionell zu sichern, denn nur in einer mobilen Gesellschaft ist eine erfolgreiche demokratische Politik möglich. Wir werden weiter danach trachten müssen, unsere Gesellschaft überschaubarer zu gestalten, die anonymen Verflechtungen der Machtträger aufzuheben, die Macht transparent zu machen. Die effektive Beteiligung einer meinungsbildenden und tragfähigen Minderheit an der Gestaltung des öffentlichen Geschehens zu sichern, ist eine Lebensfrage für die junge deutsche Demokratie. Die Wirkungsmächtigkeit politischer Leitbilder oder Ideen wird durch die Konzipierung neuer Sachlösungen erhärtet werden müssen. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird so von denen geprägt werden, die mutig, nüchtern und mit festem Willen an die Arbeit gehen.

PAUL SETHE

Die Sowjetunion wird wissen müssen, daß die Westdeutschen zwar mit Leidenschaft die Vereinigung mit ihren mitteldeutschen Landsleuten wollen, daß sie auch bereit sind, über das Lösegeld zu sprechen, daß dieser Preis aber niemals in der Freiheit bestehen darf. Die Westdeutschen aber müssen endlich begreifen, daß die Sowjets das Pfand in der Hand haben, das wir auslösen müssen. Wer sich diese sehr banale, aber oft vernachlässigte Wahrheit vor Augen hält, wird, in manchen Irrtum der Vergangenheit nicht mehr verfallen.